

# Warum geht die Bundesregierung nicht auf die afghanische Friedensbewegung zu?

Von Otmar Steinbicker, Aachener Nachrichten, 03.07.2009

Der deutsche Bundestag hat am Donnerstag die Entsendung von AWACS-Flugzeugen einschließlich deutscher Besatzung nach Afghanistan und damit einen weiteren Schritt auf dem Wege der Eskalation des Krieges beschlossen. Das gefährdet sowohl die deutschen Soldaten in Afghanistan, als auch die dringend notwendige Lösung des Konfliktes auf dem Verhandlungswege.

Am 18. Juni unterstützte Kai Eide, der UNO-Repräsentant in Afghanistan, in einer bemerkenswerten Rede in Kabul vor 1000 Delegierten der Nationalen Friedens-Jirga Afghanistans, darunter religiöse Würdenträger, Parlamentsabgeordnete, Stammesführer und Intellektuelle, die Dialogbemühungen dieser Friedensbewegung und betonte die Notwendigkeit eines Verhandlungsprozesses mit allen Konfliktparteien, also einschließlich der Taliban. „Es muss ein Prozess sein, der alle Teile der afghanischen Gesellschaft beinhaltet. Wenn wir das Land in Frieden einen wollen, dann kann kein Teil aus diesem Prozess ausgeschlossen werden. Wenn einige ausgeschlossen bleiben, wird das Land erneut geteilt,“ sagte Eide und stellte fest: „Frieden kann nicht von außerhalb kommen, er muss innerhalb des Landes geschaffen werden.“

Daran sollte sich die Bundesregierung endlich ein Beispiel nehmen! Anfang September vergangenen Jahres hatten die Nationale Friedens-Jirga Afghanistans und die deutsche Kooperation für den Frieden, der Zusammenschluss von 50 Organisationen und Initiativen der deutschen Friedensbewegung, in einer gemeinsamen Erklärung eine solche deutsche Unterstützung für diesen Verhandlungsprozess gefordert.

Als einer der Sprecher der Kooperation für den Frieden hatte ich damals unsere afghanischen Freunde gebeten, wenn sie mit allen Seiten Gespräche führen, bei den Taliban die Möglichkeit eines Waffenstillstands in Nordafghanistan – also im Bereich der Bundeswehrstandorte – zu sondieren, um eine Unterstützung der Bundesregierung für den Verhandlungsprozess zu erleichtern. Es gab zum Erstaunen von Fachleuten vor wenigen Wochen positive Resonanz. Ja, die Taliban seien bereit, die Waffen ruhen zu lassen, die Bundesregierung solle darüber in Gespräche eintreten, teilte mir ein persönlich bekannter Sprecher der Jirga aus Kabul mit.

Dieses ungewöhnliche Angebot wurde auf unterschiedlichen Wegen der Bundesregierung übermittelt. Dass ein solches Angebot in Berlin viele Fragen und

jede Menge Skepsis auslösen würde, war vorauszusehen, nicht aber Desinteresse und Ignoranz. So muss heute die Frage gestellt werden, ob nicht der Tod der drei Bundeswehrsoldaten am 23. Juni hätte vermieden werden können, wenn Berlin die Bereitschaft signalisiert hätte, das Waffenstillstandsangebot auf seine Ernsthaftigkeit und Realisierbarkeit auch nur zu prüfen.

Die Bedeutung der Nationalen Friedens-Jirga Afghanistans für eine Verhandlungslösung ist der Bundesregierung seit langem bekannt. Dazu bedurfte es nicht erst der offiziellen Unterstützung des UNO-Repräsentanten Kai Eide. Aber mit dessen öffentlicher Unterstützung der Jirga kann Berlin diese Bedeutung nicht mehr leugnen!

„Es ist viel zu machen, wenn die deutsche Seite ihr Interesse zeigt“, schrieb mir erst gestern der Repräsentant der Jirga aus Kabul. „Selbst ein einseitiger Waffenstillstand ist zu erreichen wenn die Bundesregierung sich bewegt.“ Jetzt gilt es, keine Zeit zu verlieren, sondern Gespräche aufzunehmen im Interesse einer Friedenslösung in Afghanistan und auch im Interesse von Leben und Gesundheit der deutschen Soldaten.